

Der CO₂-Preis in der Twitter-Analyse

Das sagen die Parteien

Arwen Colell¹, Lena Dovidat, Brigitte Knopf, Max Callaghan, Jan Minx

Februar 2020

Der CO₂-Preis in der Twitter-Analyse

Das sagen die Parteien

Abstract

Das Jahr 2019 war geprägt von einer Debatte um den Klimaschutz in Deutschland. Einen wesentlichen Teil davon hat die Debatte um die CO₂-Bepreisung eingenommen, sowohl über die Ausgestaltung (CO₂-Steuer oder Emissionshandel), als auch über die angemessene Höhe eines solchen Preises. Der Beschluss des Klimakabinetts vom September hat einen nationalen Emissionshandel vorgesehen, mit einem Fixpreis als Einstieg, der dann ab 2026 in einen Emissionshandel mit Ober- und Untergrenze übergeht. Durch den Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat ist dann Ende Dezember noch eine Erhöhung des Preispfades beschlossen worden. Ein weiterer wichtiger Baustein des Klimapakets der Bundesregierung ist das Klimaschutzgesetz, das im Oktober im Bundestag beschlossen wurde.

In dieser Analyse rekapitulieren wir die Debatte auf Twitter über den CO₂-Preis und das Klimaschutzgesetz im Jahr 2019 und fokussieren darauf, wie sich die Parteien und ihre Abgeordneten positioniert haben. Interessant ist dabei, dass vor allem die Oppositionsparteien Twitter nutzten, um über Zielstellungen des Klimaschutzes hinaus unterschiedliche Instrumente, wie beispielsweise die Einführung einer CO₂-Steuer gegenüber eines Emissionshandels, zu diskutieren. Die Koalitionspartner hingegen verpassten es, die Klimaschutzdebatte auf Twitter aktiv zu gestalten. In diesen Instrumentendebatten zeigt sich außerdem, dass das bekannte Bild auf Twitter, wonach vornehmlich Gleichgesinnte innerhalb ihrer kommunikativen Blasen diskutieren jedoch nicht den direkten Austausch mit Kontrahentinnen und Kontrahenten suchen, aufgelockert wurde: Hier fand ein inhaltlicher Austausch von Argumenten über Netzwerke hinweg statt. Gleichzeitig wird in der Analyse der Twitterdebatte um die CO₂-Bepreisung sichtbar, dass im Vergleich mit anderen Themen des Klimaschutzes wie beispielsweise dem Kohleausstieg, der Debatte um eine CO₂-Bepreisung ein breiter gesellschaftlicher Debattengrund fehlte. Das, in Verbindung mit der mangelnden Initiative der Koalitionäre in der aktiven Gestaltung der Klimaschutzdebatte, ist vielleicht auch die Erklärung dafür, dass im Klimapaket zwar ein Einstieg in eine CO₂-Preis Architektur angelegt ist, dieser mit 10 Euro pro Tonne CO₂ bei seiner ersten Einführung aber viel zu zaghaft blieb.

1. Einleitung und Methode

Im Jahr 2019 wurden zentrale klimapolitische Weichen in Deutschland neu gestellt. Das Jahr begann mit dem Beschluss der Kohlekommission für einen Kohleausstieg bis zum Jahr 2038, und führte über eine intensive Debatte zu möglichen Instrumenten einer CO₂-Bepreisung bis zum Beschluss eines neuen Klimaschutzgesetzes im Oktober einschließlich der Einführung eines CO₂-Preises. Unterlegt war diese Debatte durch die wachsende Erkenntnis, dass das bisherige klimapolitische Instrumentarium in Deutschland auch aufgrund seiner Fokussierung auf sektorale Zielstellungen und Maßnahmen unzureichend sein würde um die selbst gesteckten Klimaschutzziele für das Jahr 2020 und darüber hinaus einzuhalten. Auch die Reformen des europäischen Emissionshandelssystems in 2018, wenngleich wirksam, wurden ohne weiterreichende Maßnahmen auf nationaler Ebene als nicht ausrei-

chend bewertet, um mit hoher politischer Glaubwürdigkeit die Einhaltung der Klimaziele sicherzustellen ([Flachsland et al. 2018](#)). Insbesondere in den Sektoren Wärme und Verkehr bestand daher erheblicher Handlungsdruck auf nationaler Ebene, auch um die Vorgaben der europäischen Lastenteilung im Klimaschutz einzuhalten.

Aus klimaökonomischer Sicht ist die Einführung einer wirksamen CO₂-Bepreisung einer Politik sektoraler Klimaziele vorzuziehen, weil sie sektorübergreifende Emissionsminderungsziele setzt und die Umsetzung dieser Emissionsminderung in dezentralen Entscheidungen über effektive und effiziente Strategien in den unterschiedlichen Sektoren festgelegt werden kann ([Edenhofer & Flachsland 2018](#)). Debatten über technologische Unsicherheiten in unterschiedlichen Sektoren werden vermieden. Die Bepreisung von Treibhausgasemissionen kann dabei sowohl über Steuern als auch über ein Emissionshandelsystem eingeführt werden, entscheidend ist bei der jeweils gewählten Option allerdings die richtige institutionelle Ausgestaltung ([Edenhofer et al. 2019](#)).

Die Debatte um klimapolitische Instrumente wurde in unterschiedlichen Räumen geführt, auch in den sozialen Medien. Noch ist der deutsche Politikbetrieb weit entfernt von der Durchdringung durch Twitter, die beispielsweise das politische Washington unter Präsident Trump geprägt hat. Dennoch nutzen auch hier immer mehr Abgeordnete den amerikanischen Kurznachrichtendienst um ihre Positionen zu artikulieren und Netzwerke der Unterstützung zu bilden. Spannend ist das vor allem dann, wenn neue politische Themen und Instrumente diskutiert werden, denen eine Einordnung in eine größere gesellschaftspolitische Erzählung noch fehlt. Im Sommer 2019 war das die Diskussion um die Einführung eines CO₂-Preises.

Eine Analyse der Aktivitäten der deutschen Bundestagsabgeordneten auf Twitter zeigt drei Dinge: Vor allem die Opposition nutzte den klimapolitischen Diskurs um ihre Positionen zu artikulieren, während die Koalitionspartner es verpassten ihre klimapolitischen Ambitionen in einen gesellschaftspolitischen Narrativ einzuordnen. Interessanterweise wurde dabei durchaus differenziert über die Wahl des geeigneten Instruments gestritten, ohne sich im Streit über klimapolitische Ziele zu verlieren. Es wurde außerdem deutlich, dass die Debatten um unterschiedliche Instrumente des Klimaschutzes sich auch hinsichtlich ihres Potentials zur Polarisierung unterschieden, wenngleich die Tendenz zur Kommunikation innerhalb der eigenen Netzwerkblase sich bestätigte.

Die CO₂-Bepreisung ist eine eher „junge“ Debatte, die erst seit Mai 2019 auf Twitter geführt wurde. Wenige Fraktionen sprachen auf Twitter darüber und es bildete sich kein Schwerpunkt in der Netzwerkanalyse. Demgegenüber zeigt sich in der Debatte um den Kohleausstieg ein anderes Bild sowohl im Engagement unterschiedlicher Parteien, als auch eine deutlichere Positionierung der Akteure: Eine Vielzahl unterschiedlicher Abgeordneter sprach sich für den Kohleausstieg aus und war inhaltlich näher beieinander: Ein Hinweis auch auf eine gereifte gesamtgesellschaftliche Debatte. Anders als beim CO₂-Preis ging es beim Kohleausstieg nicht um das ob, sondern um das wie. Ein solch breiter gesellschaftlicher Debattengrund schien dem Streit um die Einführung eines CO₂-Preises zu fehlen.

Dieses Arbeitspapier untersucht die Diskussion um die CO₂-Bepreisung auf Grundlage einer quantitativen Auswertung der Twitterdaten der Bundesabgeordneten, sowie einzelner darauf aufbauender qualitativer Analysen. Dabei werden sowohl zentrale Argumentationslinien betrachtet, als auch die sich bildenden Netzwerke aus ähnlich bzw. opponierend argumentierenden Nutzerinnen und Nutzern. Zur Analyse haben wir ein auf Big-Data basierendes Instrument entwickelt, das alle Tweets zu einem bestimmten Thema „sammelt“ und die Auswertung anhand von quantitativen (z.B. Anzahl der sog. Likes und Retweets, das heißt der Markierung von Zustimmung und dem Weitersenden einer Nachricht) sowie qualitativen Merkmalen (z.B. Inhalte des Tweets) maschinell unterstützt (vgl. [Callaghan et al. 2020](#) zur Anwendung des Analyseinstruments). Für die Analyse können verschiedene Zeiträume gewählt werden, in diesem Fall wurde der Zeitraum vom ersten Auftreten des jeweiligen

Hashtags bis zur Entscheidung des Klimakabinetts am 20. September 2019 gewählt. Für die Analyse der Debatte um den CO₂-Preis haben wir alle Tweets ausgewertet, die mit bestimmten Hashtags rund um das Thema „CO₂-Bepreisung“ und „Kohleausstieg“ versehen sind (z. B. #CO₂Preis, #Emissionshandel, #Klimaschutzgesetz), und auch Tweets erfasst, die diese Wörter ohne Hashtag enthalten. Dabei wurden vornehmlich die tweets der Bundestagsabgeordneten in den Blick genommen. Einige Analysen betrachten ergänzend das gesamte Twitter-Netzwerk. Das Papier schließt mit einer Diskussion dieser Ergebnisse und einem Ausblick.

2. Worüber wird auf Twitter gesprochen? Der CO₂-Preis und das Ringen um das richtige Instrument

Das Klimapaket von 2019 hat zwei Neuerungen gebracht: den CO₂-Preis und das Klimaschutzgesetz. Die Debatte auf Twitter zeigt zwar nur einen Ausschnitt des öffentlichen und politischen Diskurses zu deren Einführung, bietet jedoch einen spannenden Einblick in die argumentativen Schwerpunkte eines Narratives, der sich auf sehr kurze Mitteilungen und das Teilen von Anhängen stützt, und die Netzwerke, die sich durch das Verstärken von Inhalten in Form von retweets ergeben. Dieses Papier betrachtet die Twitter Debatte in 2019.

Es zeigt sich, dass der CO₂-Preis, ob als Steuer oder als Emissionshandel diskutiert, auf Twitter deutlich stärker aufgegriffen wurde als das Klimaschutzgesetz. Insgesamt 130.697 Nennungen der Hashtags #CO₂-Steuer, #Emissionshandel oder #CO₂-Preis stehen dabei nur 27.634 Nennungen des Hashtags #Klimaschutzgesetz gegenüber. Unter den Tweets zur Bepreisung von CO₂ sticht dabei #CO₂-Steuer noch einmal deutlich hervor: insgesamt 104.604 Tweets wurden mit diesem Hashtag versehen. Zum Vergleich: Die auf Twitter intensiv geführte Debatte zum Kohleausstieg zählte insgesamt 151.994 Tweets. Abbildung 1 illustriert die Häufigkeiten im Vergleich. Dabei zeigt sich, die Debatte ist jung: Nicht nur zum Klimaschutzgesetz, einer dezidiert durch die SPD-Ministerin lancierten Begrifflichkeit, sondern auch zur Bepreisung von CO₂-Emissionen. Vor 2019 treten die Themen kaum in Erscheinung.

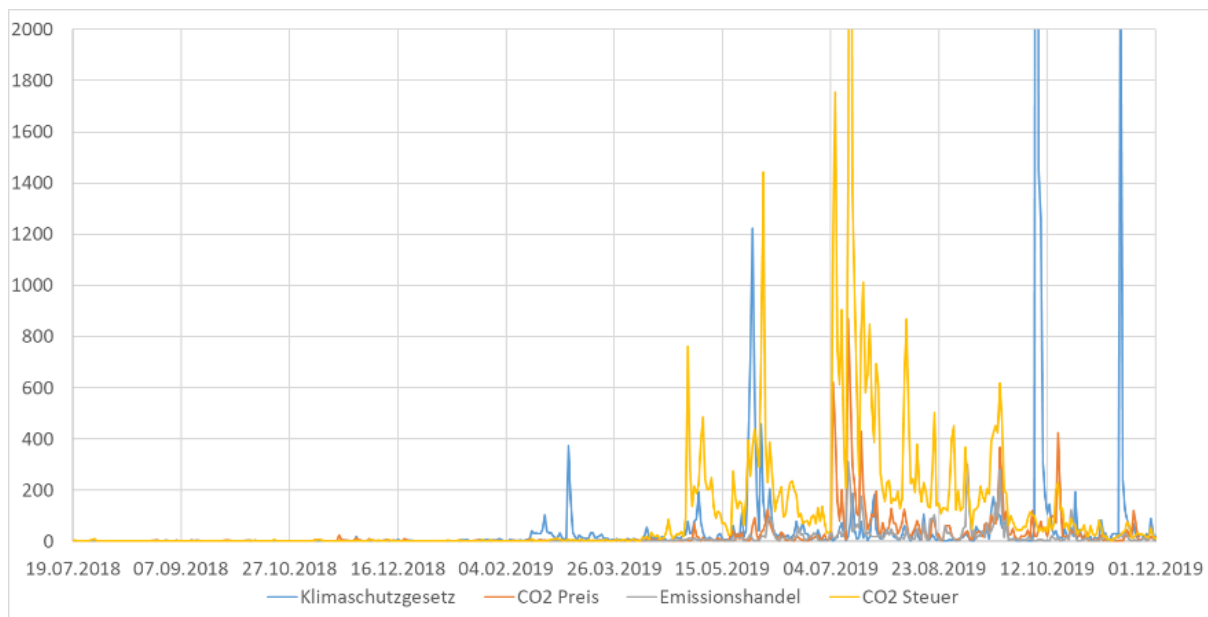


Abbildung 1 Der Vergleich der Häufigkeiten der Nennung der Hashtags zeigt: Die CO₂-Steuer dominiert die Debatte, während das Klimaschutzgesetz nur kurzzeitig eine intensive Diskussion auslöst.

Erst im April 2019 nimmt die Debatte um beide Elemente des Klimapakets Fahrt auf. Deutlich zeigt der Vergleich der Häufigkeiten: Das Klimaschutzgesetz ist dabei nur punktuell Thema. Am 29. Mai 2019 wird der Hashtag 1.222 Mal genannt – an diesem Tag diskutiert das Klimakabinett den zwei Tage zuvor von Bundesumweltministerin Svenja Schulze vorgelegten Vorschlag des Klimaschutzgesetzes, den diese nicht mit Bundeskanzlerin Angela Merkel abgestimmt hatte. Am 7. Oktober 2019 erreicht der Hashtag 8.621 Nennungen nach Bekanntwerden des Referentenentwurfs des Gesetzes. Dazwischen jedoch bleibt die Debatte blass. Dahingegen zeigt die Debatte um CO₂-Bepreisung auch peaks, am deutlichsten in der Folge der Veröffentlichung des Sondergutachtens des Sachverständigenrats für Wirtschaftsfragen in Verbindung mit der Veröffentlichung einer gemeinsamen Studie des Mercator Research Institute for Global Commons and Climate Change (MCC) und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) unter der Leitung von Prof. Dr. Ottmar Edenhofer am 12. Juli 2019 (vgl. Abbildung 2), verbleibt jedoch mit Beginn einer breiteren Debatte über den Sommer insgesamt auf deutlich höherem Niveau, bis die Diskussion nach Beschluss des Klimapakets im Oktober wieder abnimmt.

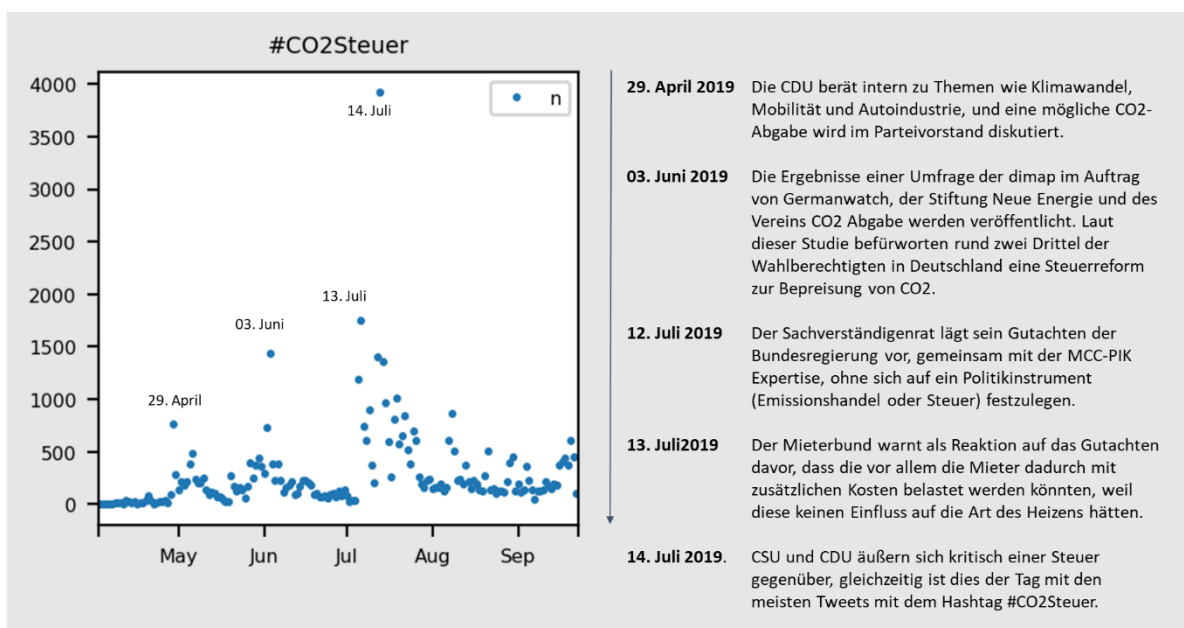


Abbildung 2 Häufigkeit der Nennung des Hashtags #CO₂Steuer in Verbindung mit wichtigen Ereignissen in der politischen Debatte

Die Diskussion um die CO₂-Bepreisung hat die Debatte bestimmt im Vergleich zum Klimaschutzgesetz. Dabei ist über eine CO₂-Steuer mit Abstand am meisten diskutiert worden. Spannend ist dabei, dass Twitter nicht nur zur eher oberflächlichen Diskussion klimapolitischer Ziele, sondern sehr wohl für das Ringen um passende Instrumente genutzt wurde. Damit wurde der klimapolitische Diskurs auf Twitter häufig konkreter als in der gesellschaftspolitischen Debatte. Die inhaltliche Analyse zeigt allerdings, dass die Diskussion um Instrumente gespalten war. Sowohl die Debatte zum Hashtag #CO₂-Preis (Abbildung 3), als auch die Tweets mit dem Hashtag #CO₂-Steuer (Abbildung 4) zerfallen in zwei Lager, die sich durch eine intensive Vernetzung in Form von Retweets auszeichnen. Innerhalb dieser beiden Pole treten einzelne Twitter-Accounts als zentrale Knotenpunkte der Debatte hervor, die den Resonanzraum von Twitter für ihre Positionen besonders erfolgreich nutzten. Diese sind in den Grafiken farblich gekennzeichnet und mit Bezeichnung des Twitter Accounts benannt.

WORÜBER WIRD AUF TWITTER GESPROCHEN? DER CO2-PREIS UND DAS RINGEN UM DAS RICHTIGE INSTRUMENT



Abbildung 3 Netzwerkanalyse #CO2-Preis



Abbildung 4 Netzwerkanalyse #CO2-Steuer

Das Zerfallen der Debatte in zwei Lager, die wenig miteinander verbunden sind – das heißt deren inhaltliche Positionen nur innerhalb der eigenen Blase reflektiert und nicht mit kontrastierenden Positionen weiterentwickelt werden – unterscheidet die Debatte um den CO₂-Preis und die CO₂-Steuer deutlich von anderen klimapolitischen Debatten auf Twitter im gleichen Zeitraum. Beispielsweise zeigt die Netzwerkanalyse zum #Kohleausstieg, dass hier zwar ebenfalls einzelne Twitter-Accounts Gegenpositionen von nennenswerter Reichweite etablieren konnten, die große Menge der Tweets sich jedoch in einem ähnlichen Meinungsfeld und –netzwerk bewegte (Abbildung 5, die Einfärbung der Knotenpunkte der Debatte in dieser Grafik folgt der Farbgebung der politischen Parteienlandschaft).

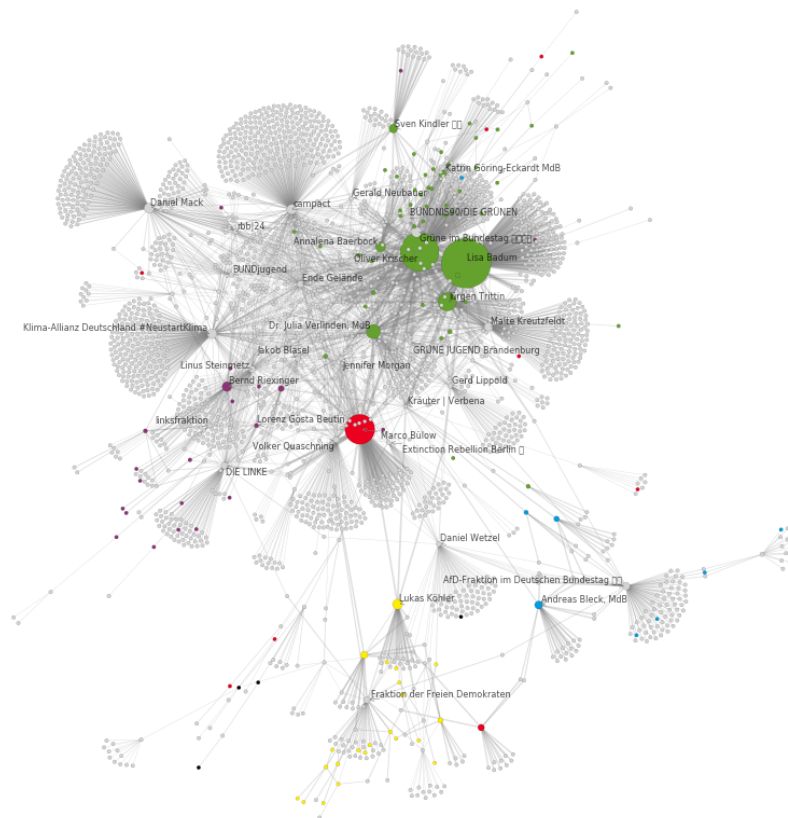


Abbildung 5 Netzwerkanalyse #Kohleausstieg

3. Wer spricht auf Twitter? Die Stunde der Oppositionsparteien

Wer spricht auf Twitter? Die im Bundestag vertretenen Parteien unterscheiden sich in ihrer Nutzung von Twitter. Auffällig ist dabei unmittelbar: Die CDU und CSU Fraktionen bleiben anteilig in ihrer Nutzung von Twitter hinter ihrer Repräsentanz im Bundestag zurück (Abbildung 6). Dagegen nutzen sowohl die SPD als auch alle Oppositionsparteien Twitter leicht überproportional zu ihrer Repräsentanz im Bundestag.

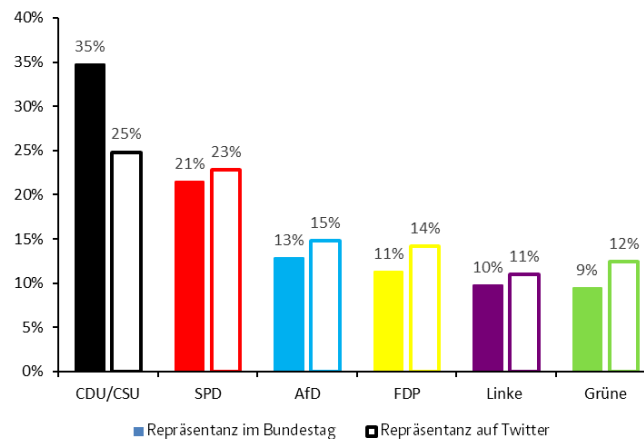


Abbildung 6 Repräsentanz der Parteien auf Twitter im Vergleich zu ihrer Repräsentanz im Bundestag

Wer spricht auf Twitter über Klimapolitik? In der Analyse der deutschen Bundestagsabgeordneten verstärken sich die Unterschiede: Wer über Klimaschutz spricht variiert stark, je nach Themenkomplex. So sprachen beim Thema Kohleausstieg beispielsweise viele Bundestagsabgeordnete mit. Die Zahl der Tweets stieg zunächst im Herbst 2018 mit dem Eskalieren der Proteste gegen die Rodung des Hambacher Forstes und erneut Anfang des Jahres 2019 in Erwartung der Ergebnisse der Kohlekommission deutlich an. Auch im Verlauf des Jahres 2019 zeigt die Zahl der Tweets und Retweets, der versendeten und geteilten Nachrichten, dass das Thema im Diskurs auf Twitter ähnlich präsent blieb wie in der gesamtgesellschaftlichen Debatte. Mit Blick auf den angekündigten Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Vorschläge der Kohlekommission stieg die Zahl der Debattenbeiträge erneut deutlich an (Abbildung 7).

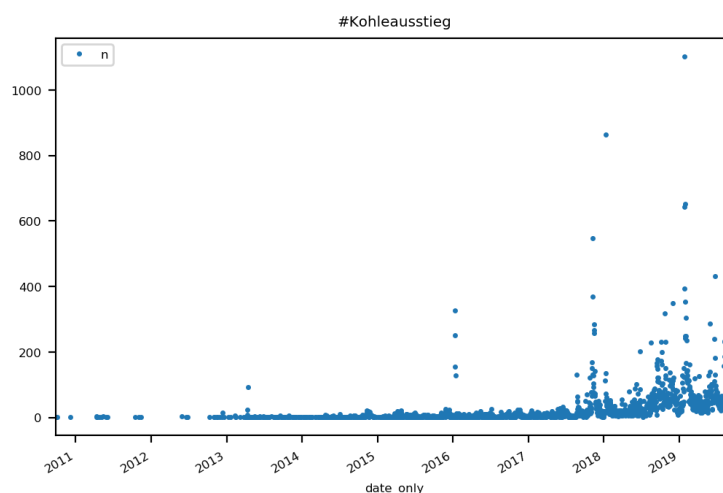


Abbildung 7 Anzahl der Tweets über Zeit, #Kohleausstieg

Dabei lagen über die Parteigrenzen hinweg die Aussagen von Abgeordneten der Linkspartei, der SPD und der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN auffallend nah beieinander. Neben der GRÜNEN Partei trat dabei auch die SPD als Wortführer dieses Argumentationsfeldes hervor. Demgegenüber standen vornehmlich Abgeordnete der FDP und der AfD, die jedoch auch kein deutliches Gegenlager bildeten, sondern eher ein etwas versprengtes Feld darboten, das auch einzelne Abgeordnete der SPD und der GRÜNEN umfasste (Abbildung 5). In der Analyse dieser Debatte kündigt sich allerdings auch bereits eine weitere wesentliche Tendenz des klimapolitischen Diskurses auf Twitter an: Abgeordnete der CDU und CSU fehlen.

Tatsächlich traten in keiner der klimapolitischen Diskurse des Sommers Abgeordnete der CDU und CSU Fraktionen als prominente Vertreter politischer Positionen hervor. Damit scheint sich für den klimapolitischen Diskurs auf Twitter in Deutschland eine Tendenz zu bestätigen, die sich auch international zeigt: Vertreterinnen und Vertreter konservativer Parteien – mit der prominenten Ausnahme des 45. US-amerikanischen Präsidenten – nutzen Twitter eher zurückhaltend. Die systematische Analyse der Twitternutzung von politischen Akteuren ist noch vergleichsweise jung – zu kurz erst wird der Nachrichtendienst als Instrument der politischen Erzählung ernst genommen. In westlichen Demokratien wie Großbritannien oder den Vereinigten Staaten von Amerika zeigen sich dabei jedoch zwei auffällige Tendenzen: Bei Akteuren der Politik sind es erstens insbesondere die großen, in Regierung und Parlament vertretenen Parteien, die Twitter nutzen, und zweitens sind dabei liberale oder im weiteren Sinne sozialdemokratische Kräfte überproportional vertreten während konservative Parteien den Kurznachrichtendienst offenbar eher zurückhaltend nutzen. Für Deutschland bestätigt sich scheinbar der zweite Trend: Nicht nur in der klimapolitischen Debatte, auch im Vergleich zur Anzahl der Sitze im Bundestag ist die CDU/CSU auf Twitter unterrepräsentiert. Die restlichen Parteien sind dagegen alle überrepräsentiert. Diese prozentuale Repräsentanz erklärt jedoch nicht, weshalb die CDU/CSU oftmals zu den Schlusslichtern der Twitterer gehört, denn in sie stellt immer noch die höchste – wenn auch nicht repräsentative – Anzahl an Abgeordneten auf Twitter. Das bedeutet: Die CDU/CSU ist zwar zahlenmäßig am meisten auf Twitter vertreten, twittert aber mit am wenigsten. Im Vergleich tritt deutlich hervor: Insbesondere kleinere bzw. Oppositionsparteien nutzen Twitter als Instrument der öffentlichen Meinungsbildung.

Im Vergleich der klimapolitischen Debatten auf Twitter zeigt sich, dass vor allem die FDP und die GRÜNEN Twitter intensiv nutzten um mit dem Versand eigener Nachrichten Positionen auf Twitter zu vertreten (Abbildung 8). Die FDP setzte dabei die meisten Tweets zum Thema CO₂-Steuer ab und dominierte mit großem Abstand auch das Formulieren von Tweets zum Emissionshandel. Die GRÜNEN dagegen nutzten vor allem das Hashtag #CO2Preis. Das Klimaschutzgesetz, obwohl insgesamt auf Twitter weniger diskutiert, wurde dabei vor allem von der SPD besprochen.

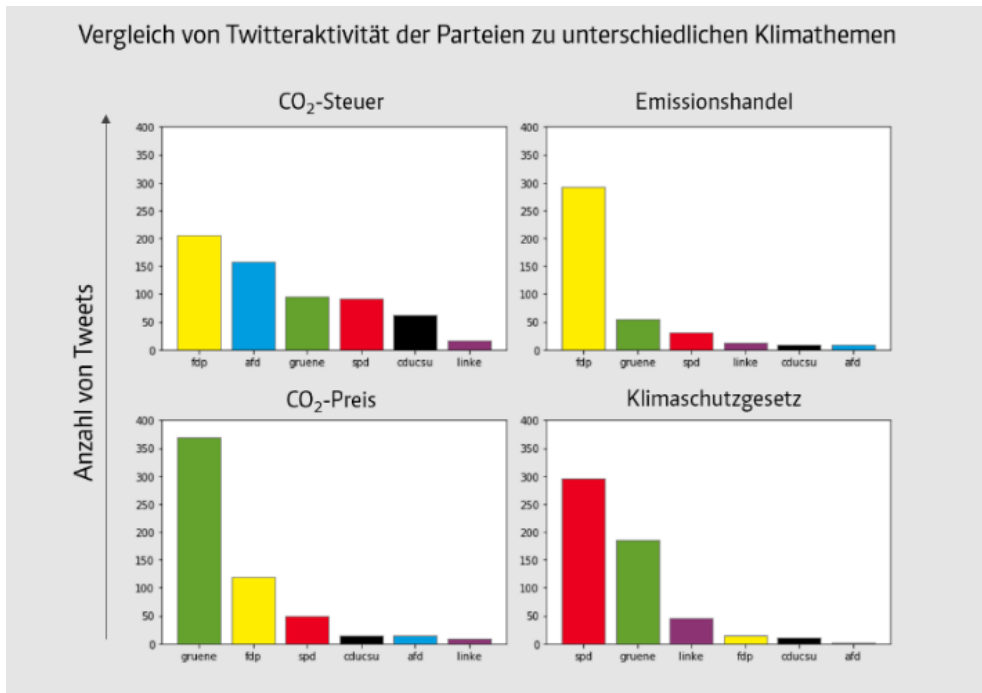


Abbildung 8 Anzahl der Tweets zu klimapolitischen Themen nach Parteien geordnet

Dieses Bild wandelt sich jedoch deutlich mit Blick auf die sogenannten Retweets, also das Weitersenden von Nachrichten im Rahmen des Kurznachrichtendienstes. Die GRÜNEN treten hier sowohl in der Debatte um den CO₂-Preis, als auch um den Emissionshandel prominent hervor. Mit großem Abstand dominiert jedoch die AFD die Retweets zum Hashtag CO₂-Steuer.

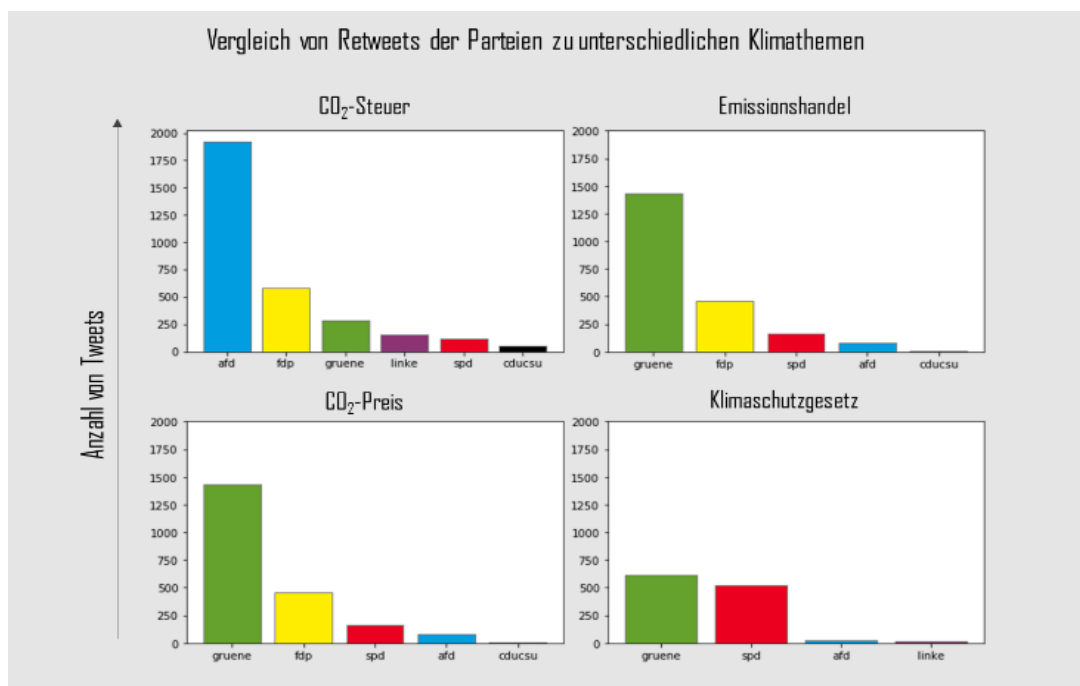


Abbildung 9 Anzahl der Retweets zu klimapolitischen Themen nach Parteien geordnet

In den Debatten um eine CO₂-Steuer aber auch einen Emissionshandel vertraten die Oppositionsparteien ihre Positionen prominent in zahlreichen Tweets. Die FDP sprach sich dabei klar für einen Emissionshandel aus, während Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine Steuer unterstützten. Das zeigen auch die

oben eingeführten Grafiken zur Anzahl der Tweets nach Parteien und Themen, die deutlich die Position der FDP als zahlenmäßige Wortführerin bei den Themen CO₂ Steuer und Emissionshandel hervorheben. FDP-Abgeordnete zählen mit 4 von den 10 Personen mit den meisten Retweets sogar zu den einflussreichsten Personen in der Debatte über einen Emissionshandel, die Grünen kommen auf 1 von 10 zum Thema CO₂-Steuer. Auch die AfD twitterte viel zum Thema CO₂ Steuer. Inhaltlich standen sich AfD und GRÜNE beim Thema CO₂ Steuer gegenüber.

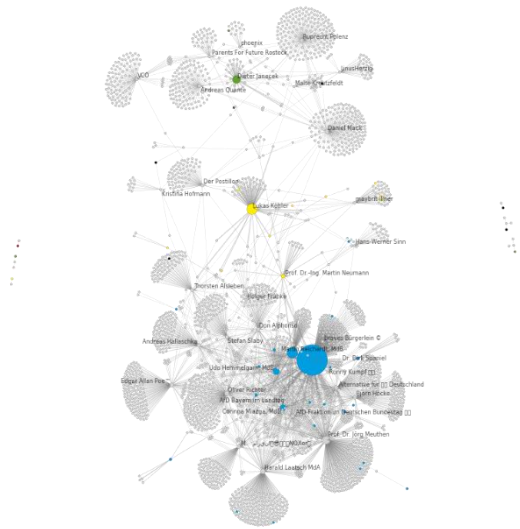


Abbildung 10 Twitternetzwerk basierend nur auf den Tweets und Retweets, in welchen Bundestagsabgeordnete involviert sind, zum Thema CO₂-Steuer

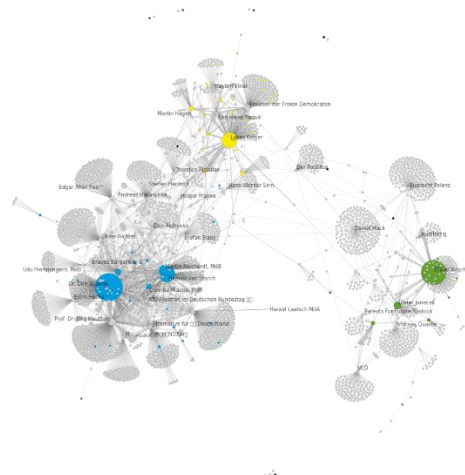


Abbildung 11 Twitternetzwerk basierend nur auf den Tweets und Retweets, in welchen Bundestagsabgeordnete involviert sind, zum Thema der CO₂-Steuer und Emissionshandel

Hauptaufhänger in dieser Diskussion waren Wirksamkeit und Sozialverträglichkeit einer CO₂-Steuer. Während die FDP vor allem die Effektivität in der Minderung von CO₂-Emissionen bezweifelte und stattdessen für einen erweiterten Zertifikatehandel plädierte, bezeichnete die AfD die CO₂-Steuer als ungerechte Abzocke und als reines Täuschungsmanöver zur Erhöhung von Steuereinnahmen. Diese zwei Parteien und besonders die AfD sind gut vernetzt und konnten somit eine gewisse Beeinflussungskraft ausüben. Die Einflusskreise der FDP und GRÜNEN waren die nächst größeren, während SPD und CDU/CSU virtuell kein Einflussgebiet in dieser Debatte zu besitzen schienen.

Die Netzwerkanalysen der Abbildungen 10 und 11 zeigen jedoch, dass die Lager zwar innerhalb der eigenen inhaltlichen Position jedoch nicht mit konkurrierenden Argumentationen vernetzt waren. Dies fällt in der Netzwerkanalyse auf, auch wenn die inhaltliche Analyse der einflussreichsten Twitter-Accounts zum Hashtag Emissionshandel zeigt, dass innerhalb der Nachrichten durchaus intensiv das Für und Wider des Emissionshandels gegenüber einer Steuer verhandelt wurde (Abbildung 12). Die FDP war die aktivste Befürworterin des Emissionshandels, blieb jedoch trotzdem isoliert von der eigentlichen Diskussion diskutierte in der eigenen Blase. Das zeigt sich daran, dass es nur sehr spärliche Verbindungen von Abgeordneten der FDP zu Twitter Usern (inklusive Abgeordneten anderer Parteien) gibt, die einem Emissionshandel eher kritisch gegenüberstehen (Abbildung 10). Anstatt in einen Meinungs austausch oder eine Konversation zu gehen um durch Argumente andere von eigenen Positionen zu überzeugen, hat die FDP also ihre Thesen innerhalb ihrer eigenen Blase zirkuliert. Somit hat sie sich selbst in die Isolation begeben. Auch AfD und GRÜNE stritten vornehmlich innerhalb der eigenen Kommunikationsblase.

WER SPRICHT AUF TWITTER? DIE STUNDE DER OPPOSITIONSPARTEIEN

Vernetzung	Autor	Retweets	Pol. Hintergrund	Inhalt	Position ETS	Position CO2 Steuer
1	Dr. Eva Stegen	214		Verzögerung, Wirkungslosigkeit, Milliardengeschäft Abgashandel	kontra	pro
2	Fraktion der Freien Demokraten	184	FDP	Effektive Obergrenze, einheitlicher CO2 Preis, Ausweitung ETS auf Verkehr & Wärme, kostengünstigster Klimaschutz, Schutz Steuerzahler	pro	kontra
3	Lukas Köhler	116	FDP	Menge wichtiger als Preis (ETS vs. Steuer), Obergrenze, Sicherheit vs. Ungewissheit	pro	kontra
4	Oliver Krischer	103	Grüne	Emissionshandel zu langwierig für effektiven Klimaschutz, funktioniert nicht	kontra	pro
5	Karl-Heinz Paqué	94	FDP	sicher & wirtschaftlich effiziente Erreichung Klimaziele, Mengenbegrenzung	pro	kontra
6	Niklas Schinerl	86		ETS allein nicht genug, backloading muss mit ambitionierten Klimaschutzzielen vereint werden	kritisch	
7	Sebastian Hornschild EU	73		Umsetzung dauert zu lange, nur Wirtschaft gewinnt, Scheinlösung	kontra	pro
8	Beatrix von Storch	64	AfD	Zu geringer Preis für Zertifikate, carbon leakage	kontra	
9	FDP	64	FDP	Klimaschutz und Wirtschaft sind vereinbar, CO2 Deckel	pro	kontra
10	tadzio_mueller	52	Rosa-Luxemburg Stiftung, Linke nah	funktioniert nicht, Neoliberalismus, ETS = CO2-Steuer, beides sinnlos, anstatt dessen Ordnungsrecht	kontra	kontra
11	Martin Bell	46		Einigung dauert lange	kontra	
12	tagesschau	44		Berichterstattung		
13	Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	42	FDP nah	effektiver Klimaschutz, Singalwirkung in Europa und der Welt	pro	
14	christoph bals	40	German Watch	Instrumentenmix	pro	pro
15	Fridays for Future Düsseldorf	39		dauert zu lange während schnelle Lösungen gebraucht werden	kontra	pro

Abbildung 12 Liste der einflussreichsten Twitter Accounts zum #Emissionshandel

Auch wenn die AfD (als einzige Partei im Bundestag) den menschengemachten Klimawandel leugnet, hat sie diesen Standpunkt nicht flächendeckend vertreten. So ist sie zum Beispiel bei einem allgemeinen Gesetz zum Klimaschutz, welchen sie eigentlich grundsätzlich ablehnt, still. Auch beim Emissionshandel sowie beim CO₂-Preis hält sie sich zurück, obwohl beide Diskussionen genau wie eine CO₂-Steuer auf die Bepreisung von CO₂ abzielen. Sehr aktiv hat die AfD dagegen zum Thema CO₂-Steuer getwittert, wahrscheinlich, weil man es sehr gut unter populistischen Gesichtspunkten missbrauchen kann („Abzocke der Bürger“, vgl. auch Abbildung 13). In eine sachliche Debatte beispielsweise über die Frage des Instruments (Steuer vs. Emissionshandel) hat sie sich nicht eingebracht.

Einfluss	Autor	Retweets	Pol. Hintergrund	Inhalt	Position ETS	Position CO2 Preis
1	Harald Laatsch MDA	868	AfD	CO2 Steuer = Steuer auf die bestehende Steuer, bloß Steuereinnahmen die den Bürgern ihre Investitionskraft nimmt, CO2 Steuer = Migrationsoli, Rezession		kontra
2	Sergei 3000	697		CDU lässt sich in ihrer Politik von Frank Thelen beeinflussen		pro (?)
3	Stefan Slaby	587		Propaganda-Coup, falsche Wahlversprechen, sozial sowie wirtschaftlich schädlich, unwirksam im Vergleich zu konkreten Maßnahmen		kontra
4	Markus Roscher-Meinel DE	523	Rechtsanwalt, derzeit parteilos (zuvor FDP, CDU, Piratenpartei, AfD)	Schwindelsteuer, ineffizient, sozial unverträglich, ungerecht		kontra
5	Jörg Spengler	475	Grüne	Steuer und ETS ergänzend, schnell wirksam in Alltagsentscheidungen, mit Wirtschaft vereinbar, Externalitäten müssen im Preis beinhaltet sein, trägt zur Reduzierung von CO2-Emissionen bei, Generationsvertrag, billigste & schnellste Lösung, politische Verantwortung = muss Wandel steuern	pro	pro
6	Don Alphonso	458		Nebenkostenschock für Mieter, höhere Mietpreise, Steuerzahler wird ausgeschlachtet		kontra
7	Oliver Richter	452		Investitionen in Forschung und EE wirksamer, Ausbeutung Steuerzahler, Pendler, Gefahr für die Mittelschicht		kontra
8	Volker Quaschnig	446	Professor an der TU	Generationsvertrag, Zweifel an politischer Umsetzungsmöglichkeit		pro
9	Heinrich Strößenreuther	407	Fahrradaktivist, Agentur für clevere Städte	schnell und wirksam, Einnahmen für Elektrifizierung von Verkehr nutzen		pro
10	VCÖ	386	gemeinwohlorientierte Organisation Österreich	Gerechte Verteilung = einkommensstarke müssen für ihren Verbrauch mehr bezahlen, wirksam, Wirtschaft und Klimaschutz vereinbar, Investitionsmöglichkeit in Mobilität = Pendler-freundlich, schnell umsetzbar		pro
11	Prof. Dr. Jörg Meuthen	373	AfD	nicht vereinbar mit Grundgesetz, Täuschungsmanöver um Steuereinnahmen zu erhöhen		kontra
12	Edgar Allan Poe™	370		unnützlich, beruhigt nur das Gewissen (fälschlicher Weise), würde die unschuldigen Bürger treffen und nicht die hauptverantwortliche Industrie, andere Sachen wären viel effizienter, Ausbeutung Steuerzahler,		kontra
13	Andreas Hallaschka	344		Steuern sind einfache aber wirkungslose Politikmaßnahme, asozial		kontra
14	Jürgen Döschner	332	Journalist, ARD	kann sozial gestaltet werden, muss schnell eingeführt werden		pro
15	clas hannes	315				kontra (?)

Abbildung 13 Liste der einflussreichsten Twitter Accounts zum #CO2-Steuer

Im Streit um klimapolitische Elemente fällt erneut auf, dass die Koalitionsparteien fehlen. Die SPD bemühte sich nur in der Twitter Debatte um das Klimaschutzgesetz um eigene Positionen. Obwohl die SPD vor allem mit Umweltministerin Svenja Schulze die Diskussion über die CO₂-Steuer eröffnet hatte, äußerte sich wenig zu dem Thema, gemessen an den anderen Parteien. Statt die konkrete Ausgestaltung einer CO₂-Bepreisung inhaltlich zu beeinflussen, hat die SPD sich aber auf die politische Form des Klimaschutzgesetzes fokussiert. Somit hat die SPD ihre Energie hauptsächlich auf Forderungen eines Klimaschutzgesetzes verschwendet, wohingegen die restlichen Parteien außer den Grünen diese Debatte nicht für lohnenswert genug gehalten haben, um sich einzumischen.

Abgeordnete der CDU und CSU Fraktionen im Bundestag fehlten in diesen Debatten völlig. Auch eigene Veröffentlichungen, wie beispielsweise das Klimapapier vom 16.09.2019 worin die sich Union Endes für einen Emissionshandel statt einer Steuer aussprach, nutzten die Fraktionen nicht um sich auf Twitter in die Debatte einzumischen. Die zögerliche Haltung in der Debatte könnte, neben der Frage der grundsätzlichen Affinität der Partei zur Kommunikation über Twitter, einerseits mit partei-internen Konflikten und andererseits mit Uneinigkeiten zwischen den Regierungsparteien mit Hinblick auf das anstehende Klimapaket erklärt werden. Immerhin wollte die SPD die Koalitionsfrage vom Klimaschutzgesetz abhängig machen.

Im Vergleich der Twitteraktivität der Abgeordneten zur Gesamtdebatte zu den jeweiligen klimapolitischen Themen wird jedoch ebenfalls deutlich, dass diese nur einen kleinen Teil der klimapolitischen Debatte im Kurznachrichtendienst ausmacht (Abbildung 14).

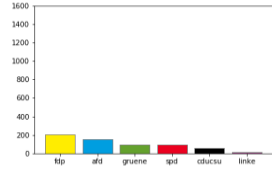
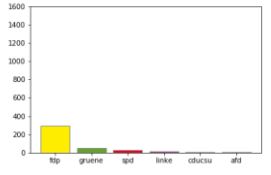
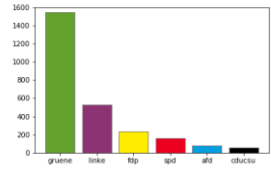
Thema	CO2-Steuer	Emissionshandel	Kohleausstieg
Wieviel twittern die einzelnen Parteien?			
Wieviel twittern Abgeordnete insgesamt?	698 Tweets	484 Tweets	3,822 Tweets
Wieviel wurde insgesamt getwittert?	104,604 Tweets	13,384 Tweets	151,994 Tweets

Abbildung 14 Aktivität der Abgeordneten auf Twitter im Vergleich zur Gesamtdebatte

4. Interpretation: Was bleibt von einem kurzen Sommer?

Im Vergleich zur Debatte um den Kohleausstieg wurde deutlich weniger zur CO₂-Steuer und zum Emissionshandel von den Parteien im Bundestag getwittert, und dies, obwohl die Debatte über die CO₂-Steuer sogar noch größer als die um den Kohleausstieg war, gemessen an der gesamten Anzahl an Tweets zum jeweiligen Thema. Des Weiteren setzt sich in der Kohlediskussion fort, was schon in den Debatten über die CO₂-Steuer und den Emissionshandel aufgefallen ist: Die Diskussion wird maßgeblich von den Oppositionsparteien bespielt, während CDU/CSU und SPD verhältnismäßig wenig Tweets verfassen. Auch die AfD arbeitet sich nicht groß an dem Thema ab, trat allerdings prominent bei der Weiterleitung ablehnender Positionen zur CO₂-Steuer auf und zeigte eine enge Vernetzung mit Accounts mit großer Reichweite, was durch den Vergleich der Netzwerkanalyse aller Twitter-Nutzer und der Netzwerkanalyse unter Abgeordneten zum Thema CO₂-Steuer auffällt.

Spannend ist, dass dabei vor allem auch über Instrumente gestritten wurde. Jenseits der Debatte um Ziele des Klimaschutzes ging es hier also um die konkrete Umsetzung. Zum Beispiel standen sich Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und die FDP in der Frage einer Steuer oder eines Emissionshandels gegenüber, während im Streit mit der AfD vor allem die Wirksamkeit einer CO₂-Steuer als sinnvolles Instrument (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) oder Abzocke der Bürgerinnen und Bürger (AfD) im Mittelpunkt stand. Die SPD, die über Umweltministerin Schulze zwar im Herbst 2018 das Thema CO₂-Steuer auf die Tagesordnung gebracht hat, hat es verpasst, das Thema prominent zu bespielen – bzw. wollte es offensichtlich gar nicht, sondern hat vor allem Wert auf das Klimaschutzgesetz gelegt und war nur in dieser Debatte präsent. Gleichzeitig gelang es der SPD nicht, die Debatte um das Klimaschutzgesetz dauerhaft auf Twitter zu etablieren: nur punktuell wurde das Thema in Verbindung mit politischen Ereignissen aufgegriffen. Eine Meinungsführerschaft konnte die SPD hier nicht für sich reklamieren. Die Unionsparteien sind dagegen in keiner Debatte präsent gewesen. Die Koalitionspartner haben es damit verpasst, die Klimaschutzdebatte auf Twitter aktiv zu gestalten.

Besonders deutlich wird im Vergleich der Debatte um klimapolitische Instrumente zur Bepreisung von CO₂-Emissionen gegenüber der Debatte um den Kohleausstieg auch: Es fehlte ein breiter, über Parteigrenzen hinweg tragender gesellschaftlicher Debattengrund und die Diskussion konkurrierender politischer Instrumente wurde kein Ringen zwischen inhaltlichen Positionen, sondern drehte sich vielmehr innerhalb der eigenen Verhandlungsarena im Kreis. Fraglich ist insofern, inwiefern Twitter geeignet ist, eine gesellschaftliche Debatte inhaltlich voran zu treiben oder ob hier nicht digitale Resonanzräume genutzt werden, um gesellschaftliche Debatten zu reproduzieren wie im Fall des Kohleausstiegs, oder aber gesellschaftliche Allianzen zu verschärfen, wie in dem Zerfallen der Debatte um die CO₂-Steuer in zwei stark voneinander abgegrenzte Lager angedeutet.

Diese kurze, wenig vernetzte und von mangelnder Klarheit der Regierungspartner gekennzeichnete Twitterdebatte um den CO₂-Preis im Sommer 2019 scheint symptomatisch für die klimapolitische Debatte in Deutschland in 2019. Wenngleich mit der Einführung eines Emissionshandels ein vergleichsweise weitreichender administrativer Schritt getan wurde, verpuffte dieser aufgrund eines niedrigen, geradezu in der klimapolitischen Bedeutungslosigkeit verschwindenden Preises. Dabei wurde engagiert gegen die unterschiedlichen Optionen der Einführung eines CO₂-Preises opponiert. Es entstand jedoch keine glaubwürdige und Parteiübergreifende klimapolitische Erzählung, die die Kraft gehabt hätte nicht nur einen parteiübergreifenden Konsens bezüglich der Wahl des Instrumentes zu erreichen, sondern auch einen machtvollen Impuls für eine wirksame Umsetzung klimapolitischer Ziele zu setzen.

Appendix

Top Retweets:

Alice Weidel zum Klimaschutzgesetz

https://twitter.com/Alice_Weidel/status/1181226224024260608

Beatrix von Storch zum Klimaschutzgesetz

https://twitter.com/Beatrix_vStorch/status/1181163991957168133

Alice Weidel zur CO₂-Steuer:

https://twitter.com/Alice_Weidel/status/1154338503397912576

Twitter bot analysis:

https://bookdown.org/paul/tweeting_politicians/